Bund

Gutachten zur Georeferenzierung

[03.04.2012] Mit den Potenzialen und Verbesserungsmöglichkeiten der Georeferenzierung hat sich der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten befasst. Der jetzt vorgestellte Abschlussbericht gibt zudem Anstöße, wie Wissenschaft, Politik und Verwaltung Geodaten künftig besser nutzen können.

Wer Standorte für Windräder, die Versorgung mit Breitband-Anschlüssen oder den Ausbau von Kindertagesstätten plant, ist darauf angewiesen, Daten mit Ortsbezug zu nutzen. Zwar stehen zahlreiche solcher Geodaten für Deutschland zur Verfügung, allerdings mangelt es an einer Harmonisierung und an der Transparenz des Zugangs. Die Daten werden von den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Stellen erhoben und nicht zentral und in einheitlichem Format gesammelt. Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat daher im Auftrag von Bundesforschungs- und Bundesinnenministerium eine Bestandsaufnahme zur Georeferenzierung von Daten in Deutschland vorgenommen. Dabei wurden auch Empfehlungen erarbeitet, wie Defizite und Schwachstellen beseitigt werden und Wissenschaft, Politik und Verwaltung das Wissenspotenzial von Geodaten künftig besser ausschöpfen können. Der Abschlussbericht wurde jetzt an die beiden Ministerien übergeben. „Damit bieten sich neue Chancen, Daten mit Ortsbezug für die Wissenschaft und für die Gestaltung der Zukunft zu nutzen“, erklärt Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium. Bundes-CIO Cornelia Rogall-Grothe ergänzt: „Der Abschlussbericht bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, dass Geodaten für viele Entscheidungen in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine unverzichtbare Grundlage sind. Qualität und Nutzungsbedingungen werden deshalb durch die Bundesregierung weiter verbessert. Das neue Bundesgeoreferenzdatengesetz oder das in diesem Monat freigeschaltete Geoportal.de sind wichtige Meilensteine auf diesem Weg.“

(bs)

Der Bericht zum Download

Stichwörter: Geodaten-Management, Bundesministerium des Innern (BMI), Cornelia Rogall-Grothe, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)